

Deutschland.

Berlin, 19. Dezember. Der Geh. Ober-Finanzrath Sellwig ist in Begleitung des Steueraths Sohn am 12. Dechr. in Petersburg eingetroffen, um die auch vom Grafen Bismarck im Abgeordnetenhaus erwähnten Verhandlungen wegen Erleichterung des Grenzverkehrs mit der russischen Regierung zu führen. Beide Beamte sind durch den preussischen Gesandten daselbst dem russischen Finanzminister und dem Direktor des Zolldepartements Fürsten Dolobowski vorgestellt worden. — Der bekannte Berliner Korrespondent der „Augsb. Allg. Ztg.“, der sich in der Regel den Anschein des Geheimnisses der preussischen Politik eingeweiht zu sein, dabei aber nur dann brauchbare Nachrichten bringt, wenn er sie nach der bei ihm üblichen Praxis der Nordd. Allg. Ztg. oder irgend einem offiziellen Organ entnommen hat, will wissen, daß Preußen jetzt nach den Erklärungen des Herrn v. Bismarck gegen den Einseitigen Württemberg in den norddeutschen Bund, den Anschluß Baierns an Norddeutschland fördern werde und daß die bairische mit der bessischen Division das 13. Armeekorps bilden solle. Es ist hierbei zu bemerken, daß dergleichen Nachrichten von Gegnern Preußens erfunden werden, um zu insinulieren, daß Preußen auf Süddeutschland einen Druck übe und auf den Anschluß desselben an den norddeutschen Bund dränge. Wir haben schon früher erwähnt, daß der preussischen Regierung dergleichen Absichten fern liegen. — Der Abschluß der Verhandlungen zwischen Preußen resp. dem Zollverein und Frankreich, die zum Zweck haben, dem durch den französischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag gebundenen Mecklenburg den Eintritt in den Zollverein möglich zu machen, ist noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen werden vielmehr hier (nicht in Paris) noch fortgeführt und die gegenseitigen Angaben stützen sich nur auf eine Willkürigkeit Preußens, die französischen Forderungen zu bewilligen, die überhaupt nicht vorhanden ist. — Die „Süd-Deutsche Presse“ in München, die sich in neuester Zeit über die deutschen Angelegenheiten und das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich besonnen ausdrückt, bemerkt in ihrer neuesten Nummer, daß Österreich nur dann aus seinen Finanzverlegenheiten herauskommen werde, wenn es die Hoffnung auf neue Kriege zur Wiederherstellung des alten Zustandes aufgibt, sich mit Preußen zu verständigen sucht und auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten Verzicht leistet. Preußen, dem überhaupt jeder Angriffskrieg fern liege, werde zu dieser Verständigung gern die Hand bieten. Hierdurch sei Österreich zugleich der Gefahr eines Krieges mit Rußland überhoben. Man darf wohl annehmen, daß der Staatsmann, der jetzt die Geschicke Österreichs leitet, dieselben Anschauungen theilt. — Wie weit die Separaten der Republikaner in Süddeutschland gehen, beweist der Umstand, daß die Richter, die das Urtheil gegen den Redakteur des „Protestanten“ Karl Meyer in Eßlingen wegen Schmähung der preussischen Staatsregierung und Verleumdung des Königs von Preußen gefällt hatten, vom aufgebehten Pöbel laikiert und verfolgt wurden, als sie nach der Verhandlung den Sitzungssaal verließen. — Die in England für preussische Rechnung jetzt noch im Bau begriffene Panzerfregatte wird nicht den Namen „Wilhelm I.“, sondern mit Allerhöchster Genehmigung den Namen „König Wilhelm“ führen. Zwei andere Panzerfregatten führen bekanntlich den Namen „Kronprinz“ und „Friedrich Karl“. — Wenn das Etatsgesetz vor dem 1. Januar nicht zu Stande kommt, so trägt nicht die Regierung, sondern das Abgeordnetenhaus durch die unnötige Ausdehnung seiner Debatten die Schuld davon. Auf die Bewilligung eines außerordentlichen Kredites wird sich die Regierung der sogenannten konstitutionellen Doktrin zu Liebe schwerlich einlassen. — Mehrere Zeitungen stellen die Behauptung auf, daß die Zeitungssteuer leicht dadurch in Wegfall gebracht werden könnte, wenn der betreffende Einnahmeposten vom Abgeordnetenhaus auf dem Etat gestrichen würde. Die Regierung werde und müsse dann die Sache fallen lassen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß ein Etatsposten nicht einseitig gestrichen werden kann, der auf Grund eines Gesetzes erhoben ist. Derselbe würde nach §. 109 der Verfassung so lange fortgeschrieben werden können, bis das betreffende Gesetz durch die Zusammenwirkung aller drei Faktoren der Gesetzgebung aufgehoben worden ist.

Berlin, 19. Dezember. Sr. Majestät der König empfing Donnerstag Morgens die aus Schleswig und Rassel hier eingetroffenen kommandirenden Generale v. Manstein und v. Plonell, den Kommandeur der 21. Kavallerie-Brigade, General-Major v. Rauch aus Frankfurt a. M. und außer anderen Militärs auch den Großherzoglich bessischen Obersten von Artillerie v. Hartmann, welcher sich vor seiner Abreise nach Darmstadt verabschiedete, und nahm darauf die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Wüller und Perponcher, des Chefs des Militär-Kabinetts v. Tressow etc. entgegen. Nachmittags konferrirte Sr. Majestät der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und erschien Abends in der Oper.

Am 16. Dezember feierte der Ober-Tribunalrath Dr. Sander sein 50jähriges Dienstjubiläum. Die Mitglieder des Ober-Tribunals hatten sich um 8½ Uhr Morgens versammelt und begaben sich unter Vortritt ihres Chefs in die Wohnung des Jubilars. Dort überreichte der erste Präsident des Ober-Tribunals, Herr Staatsminister Uldes Erckens, dem hochverdienten Mann im Namen Sr. Majestät des Königs den Reichs-Adler-Ordnen III. Klasse mit der Schleife und im Namen der Kollegen einen kostbaren, höchst geschmackvoll gearbeiteten silbernen Pokal. Um 12 Uhr vereinigte ein Festmahl in der Wohnung des Jubilars noch einmal die Kollegen und bei demselben ließ der Jubilar den gefüllten Pokal im Kreise herumgehen mit der Bitte, ihn zuerst auf das Wohl Sr. Majestät des Königs zu leeren.

Berlin, 19. Dechr. (Haus der Abgeordneten.) 20. Sitzung. Präsident: v. Fordenbed. Am Ministertisch: der Finanzminister Freiherr

v. b. Heydt und v. Selchow und mehrere Regierungs-Kommissarien. Die Tribunale und Logen sind sehr mäßig besetzt, die Plätze im Hause lückenhaft. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. (Antragsbesuche sind eingegangen und werden bewilligt.) Nachdem das Haus die Wahlen Dobbert's und v. Synder's im 3. Gumbinner Wahlbezirk, wie bereits gemeldet, beantragt, geht dasselbe zum zweiten Theil der Tagesordnung über. Bericht der XI. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einrichtung von Darlehnskassen in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen. Zu dem Kommissions-Entwurfe sind folgende Zusatz-Anträge eingegangen: 1. Der Abg. Dr. Beder und Genossen beantragt, dem §. 3 folgenden Zusatz zu geben: Den Kreisverbänden ist gestattet, von den empfangenen Darlehnen den eingetragenen Genossenschaften (Gesetz vom 27. März 1867) verzinsliche Vorschüsse zu geben. 2. Der Abg. v. Binde (Winden) wünscht §. 1 wie folgt amendirt: „Der Finanzminister wird ermächtigt, zum Behuf der Linderung des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes die auf Grund der Verordnung vom 18. Mai 1866 ausgegebenen und noch nicht vernichteten Darlehnskassenscheine, welche denselben von der Hauptverwaltung der Darlehnskassen im Betrage von einer Million zweihundert acht und zwanzig tausend Thalern zu überweisen sind, wieder in Umlauf zu setzen und neue Darlehnskassenscheine im Betrage von einer Million Thaler ausgeben zu lassen. Die letzteren werden von der Hauptverwaltung der Staatskassen in Abzügen zu 5 Thalern ausgestellt und dem Finanzminister überwiesen. Vor der Ausgabe dieser Scheine ist eine genaue Beschreibung derselben öffentlich bekannt zu machen.“

Es erhält sodann als Berichterstatter der Abg. Jacoby (Pegnitz) das Wort. Derselbe schildert bei fast vollständig leeren Bänken, namentlich auf der rechten Seite des Hauses, die Nothstände in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen und erläutert diejenigen Maßregeln der Staatsregierung, welche dieselbe schon zur Abhilfe getroffen und noch beabsichtigt; hierzu gehört auch der vorgelegte Gesetzesentwurf, der in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung als ein neuer Regierungsentwurf betrachtet werden könne. Beder setzt weiter die Hauptumstände des ursprünglichen und des Kommissionsentwurfs auseinander, skizziert letzteren in seinen Hauptmomenten und bespricht sodann das Wesen der neuen Darlehnskassenscheine; es sei dasselbe, wie das der alten. Die Kommission habe geglaubt annehmen zu können, daß ohne eine solche Hilfe, wie sie durch den Entwurf beabsichtigt werde, Tausende von kleinen Grundbesitzern gänzlich zu Grunde gehen würden. Sie habe sich mit dem Antrage des Abg. v. Binde (Winden) einverstanden erklärt, nicht mit dem des Abg. Dr. Beder. Denn wenn einzelne von den kleinen Gewerbetreibenden auch in der Lage seien, Sicherheit zu gewähren, so seien es doch immer nur einzelne, im Großen und Ganzen seien sie zur Sicherheitgewährung nicht in der Lage. Der Gesetz-Entwurf wurde dann allgemein angenommen und im Namen der Kommission habe ich Sie zu bitten, ihn möglichst einstimmig anzunehmen. — Ich will gleich zwei Petitionen berücksichtigen. Die eine ist ein Eilfist eingereicht, in der Männer des mittleren Bürgerstandes mit Ueberreichung einer Petition aus dem vorigen Jahre bitten, die älteren Darlehnskassen wenigstens noch ein paar Jahre fortbestehen zu lassen. Sie knüpfen diese Bitte an den Nothstand der Gegenwart. — Eine zweite Petition will Abhilfe des Nothstandes schaffen, indem die Erhöhung der Ministergehälter und ein Abzug von 10 bis 20 pCt. aller übrigen Gehälter darauf verwendet würden. Diese Petition wurde sogleich abgelehnt. — Es wird die Generaldiskussion eröffnet. Zuvor nimmt das Wort der Finanzminister v. b. Heydt: Im Anschluß an den eingehenden Vortrag des Herrn Referenten und an seine überall sehr zutreffenden Ausführungen beschränke ich mich für jetzt auf die Erklärung, daß die Staatsregierung sich mit dem von dem Herrn Referenten Namens der Kommission empfohlenen Entwurfe einverstanden erklärt, indes mit dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Binde aus den vom Referenten schon angeführten Gründen; daß aber die Regierung sich nicht einverstanden erklären kann mit dem Amendement Beder, weil sie der Meinung ist, daß es zu dem vom Antragsteller in Aussicht genommenen Zweck außerordentlicher Maßregeln nicht bedarf.

Abg. Dr. Beder: Ich befinde, daß es nicht möglich sein wird, die Hauptthätigkeit, die bei dem Entwurfe in Aussicht genommen ist, die großen öffentlichen Bauten in einer Zeit zu erledigen, wo die Noth sehr groß ist. Einen Beweis hierfür werden Sie mir erlassen. Ich verweise Sie auf einen Bericht, der vorgestern im „Staatsanzeiger“ stand, wonach das Thermometer in jenen Gegenden 3 Grad Reaumur zeigt, so daß Kanäle und Chauffeebauten nicht werden in Angriff genommen werden können. — Ich hätte gewünscht, daß die Staatsregierung die Kredit-Ertheilung nicht beschränkt hätte auf die Klassen der Bevölkerung, die in der Lage sind, eine hypothetische Sicherheit zu geben. Es giebt unzählige Fälle, wo die hypothetische Sicherheit nicht gestattet werden kann, weil der Besitztitel nicht erlangt ist, und das sind nicht immer die schlechtesten Darlehnsnehmer. Ich leugne nicht, daß mein Antrag wesentlich die Absicht hat, dem kleineren Gewerbebestande zu helfen, und da bebaure ich nur, daß in der Kommission die Ansicht der Möglichkeit dieser meiner Ansicht nicht durchgebrungen ist; und gerade, wenn in diesen Klassen ein Nothstand eintritt, so hat dies auch für die übrigen Klassen eine ganze Reihe nachtheiliger Wirkungen im Gefolge. Zum Schluß erklärt sich der Redner bereit, sein Amendement dahin zu ändern: Den Kreisverbänden ist gestattet, von den empfangenen Darlehnen den eingetragenen Genossenschaften gegen Bürgschaft auf Personal-kredit verzinsliche Vorschüsse zu geben. — Abg. Dr. Löwe zieht den von der Regierung vorgeschlagenen Weg der indirekten Hilfe jedem anderen Wege vor, fürchtet aber, daß ein großer Theil derselben, namentlich die beabsichtigten Bauten, in Folge der ungünstigen Witterung nicht zur Ausführung werden können. Für diesen Fall erwarte er weitere Vorschläge von der Regierung; man dürfe sich dann auch der direkten Hilfe nicht enthalten. Gerade bei dieser Gelegenheit offenbare sich wieder die sehr mangelhafte Zusammenfassung der Kreisstände. — Finanzminister v. b. Heydt: Mit dem Herrn Redner ist die Regierung der Meinung gewesen, daß dem Nothstand hauptsächlich durch indirekte Hilfe entgegenzutreten sei. In dieser Richtung sind bisher auch alle Anordnungen getroffen worden. Es haben jedoch die Vertreter der Provinz Preußen in diesem wie in dem anderen Hause es der Regierung als dringend notwendig erklärt, daß eine Ausnahme gemacht werden müsse zu Gunsten der kleinen Besitzer, und daß diesen direkte Hilfe zu gewähren sei. Die Regierung ist nicht gern auf den Weg der direkten Hilfe übergegangen, aber unter den ihr geschilderten Umständen hat sie sich ausnahmsweise dazu entschlossen. Sie ist aber Willens, auf diesem ausnahmsweisen Wege der direkten Hilfe nicht weiter zu gehen, als es dringend geboten ist, und aus diesem Grunde erklärt sie sich auch gegen das Amendement Beder. Die Regierung stimmt auch mit dem Herrn Redner darin überein, daß sich die Mitwirkung der Kreisstände bei dieser direkten Hilfe nicht empfiehlt; es wird im Gegentheil eine Kommission, bestehend aus dem Landrathe des Kreises, einem Justizbeamten und einem für diese Angelegenheit sich besonders interessirenden Kreisangehörigen, mit dem betreffenden Ausführungsgesetze beauftragt werden. Dem Bankverlehr legt die Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg, sobald es sich nur nicht um die Ausgabe von Banknoten handelt, was auf einem ganz anderen Gebiete steht.

Abg. v. Sauten (Tarpuschen): Die Einwohner der Provinz Preußen haben diese Vorlage mit Freuden begrüßt; wir dürfen aber nicht verkennen, daß damit nur ein Anfang gemacht ist. Außerdem kommt diese Abhilfe sehr spät, wenngleich ich der Regierung keinen Vorwurf daraus machen will. Meine Verwunderung hat es erregt, daß gerade aus der Provinz Preußen sehr viele Landräthe es vorgezogen haben, in das Abgeordnetenhaus einzutreten, statt innerhalb ihres Kreises, in welchem sie jetzt nö-

thiger sind denn je, sämtliche Mittel anzuwenden, die sie zur Linderung des Nothstandes in Händen haben. Auf einen Punkt mache ich außerdem den Finanzminister noch aufmerksam. Wenn man von dem Grundfajel ausgeht, daß Almosen so wenig wie möglich ausgegeben werden, dann wird es nöthig werden, in den von der Noth heimgesuchten Provinzen eine Revision der Grund- und Klassensteuer vorzunehmen. Das ist eine Form, in der dem armen Manne geholfen wird. Meine Herren! Unser Volk weiß, daß wir einen Staatschatz von 25 Millionen haben, der für den Fall der Noth aufgesammelt ist; es weiß, daß oft Steuern über den Bedarf hinaus von ihm erhoben worden sind; es weiß endlich, daß Dotationen von vielen Millionen an die Feinde Preußens gegeben sind. Das preussische Volk erwartet nun auch, daß jetzt, wo der Nothstand da ist, wo wirklicher Hunger zu stillen ist, ihm die Hilfe nicht verweigert werde. — Finanzminister Freiherr v. b. Heydt: Ich habe mich darüber gefreut, daß der Vorredner damit anfang, seinen Dank zu bezeugen für das, was von der Regierung zur Linderung der Noth vorgeschlagen ist. Ich hätte wohl gewünscht, daß er dabei geblieben wäre. Seine Ausführung, daß die Regierung mit ihren Maßregeln zu spät gekommen ist, ist unrichtig. Die Regierung hat schon am 17. Oktober Vorschläge zur Verfügung gestellt und die Aussicht auf weitere Anordnungen eröffnet. Die Regierung ist vollständig unterrichtet gewesen und ist nach Maßgabe des Bedarfs vorgegangen. Wenn der Herr Abgeordnete meint, die angewiesenen Mittel werden nicht ausreichen, so ist eine Phrase sehr leicht ausgesprochen, aber für jetzt ist noch nicht nachgewiesen, daß den Bedürfnissen des Augenblicks in der That damit nicht genügt wird. Ich habe mich über die Einstimmigkeit der Kommission, in welcher von keiner Seite mehr gefordert wurde, gefreut. Sollte ein Mehrbedarf notwendig werden, so habe ich beim Einbringen des Gesetzes Namens der Staatsregierung gesagt, es sei möglich, daß die Dinge sich verschlimmern und daß die Regierung dann nicht ansetzen würde, weitere Maßregeln vorzuschlagen. Der Herr Abgeordnete ist also wohl nicht in der Lage, anzunehmen, daß die Regierung anders verfahren wird. In dem, was sie bisher gethan hat, liegt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, es kann sie also kein Vorwurf treffen. Der Herr Vorredner hat schließlich auch politische Dinge in die Sache hineingezogen; ich hätte gewünscht, daß auch das nicht der Fall gewesen wäre.

Nachdem der Abg. Dr. Beder von der Tribüne und deshalb absolut unverständlich gesprochen, konstatirt v. Sauten, daß er der Regierung einen Vorwurf nicht gemacht habe, und ein Landrath der Provinz Preußen protestirt gegen den Vorwurf, trotz des Nothstandes ein Mandat angenommen zu haben. — §. 1 wird mit dem Amendement des v. Binde angenommen. — Zu §. 3 bemerkt Abg. Schulze: Obwohl die Gerechtigkeit es erfordert, daß auch die Gewerbetreibenden unterstützt würden, so wolle er eine Zersplitterung der geringen Summen um so weniger beantragen, als mit der Beseitigung des Nothstandes erst angefangen werde. Dagegen hoffe er, daß die Regierung ihr Augenmerk auch namentlich auf die Industrie-Lohnarbeiter richten werde, die durch den vorjährigen Krieg in eine traurige Lage verlegt seien. Um nur so bald wie möglich das Gesetz zu Stande zu bringen, bitte er, alle Amendements, die der Zustimmung der Regierung nicht sicher wären, abzulehnen. — Der Finanzminister erklärt, daß die Staatsregierung die Arbeiterverhältnisse nicht aus dem Auge verlieren werde. Sie verkenne nicht, daß seit den vorjährigen kriegerischen Ereignissen noch ein gewisses Mißbehagen zurückgeblieben sei, welches ein Stöden der industriellen Unternehmungen veranlasse, indessen sei zu hoffen, daß dieser Druck bald verschwinden werde, wenn man sich von dem Ungerund der begebenen Befürchtungen überzeuge; eine augenblickliche Veranlassung zu einer darauf bezüglichen Vorlage könne er nicht anerkennen. — Der Abg. Beder zieht sein Amendement zurück, worauf auch der §. 3 ebenso wie alle folgenden Paragraphen der Regierungsvorlage unanändert angenommen werden. Schließlich wird das ganze Gesetz in der beschlossenen Fassung einstimmig genehmigt. — Es folgt nunmehr die Vorberatung des Etats des landwirthschaftlichen Ministeriums. Einnahmen: 950,767 M., darunter 621,765 M. durch die Auseinanderrechnungen, 326,655 M. aus der Gestaltverwaltung. Ausgaben: 2,200,131 M., darunter für größere Landesmeliorationen und Deichbauten 183,848 M., Prämien bei Pferderennen 51,000 M. (25,000 M. mehr als im vorigen Jahr), für die Gestaltverwaltung 677,975 M. — Minister v. Selchow und sein Kommissar erläutern diesen Etat, der sich nur durch die Erweiterung der Monarchie und sehr unwesentlich gegen die Vorjahre verändert hat.

Abg. Richter (Eisen): Wie der Rektor auf die Frage: Was ist ein Rektor? antwortet: ein armer, geplagter Mensch, — so antwortet der Abgeordnete, der im Hause Rektor ist, auf die Frage: Was ist ein Abgeordneter? Ein armer, geplagter Mensch (Heiterkeit). Redner liebt den Aderbau mit Passion und bedauert daher, daß 35,000 M. für Aderbauschulen ausgelegt sind, und nun gar 1250 M. für Dekonomiegebäude! Sollte der Herr Minister einmal in Verlegenheit sein, so will Redner ihn herausbreiten, indem er ihn auf ein verfallenes Gefängnis in seinem Wahlkreise aufmerksam macht (Heiterkeit). Wenn das Bedürfnis vom Hause verlangt würde, es würde mit Freuden gewährt werden. (Abg. Knapp: Ne!) — Minister v. Selchow: Ich bebaure, dem Hrn. Vorredner auf das von ihm betretene Gebiet der Behandlung nicht folgen zu können. (Bravo rechts.) Was das Materielle der Ausführungen betrifft, so beruht die Auserkennung über eine Position von 1250 M. für Dekonomiegebäude auf einem Mißverständnis. Durch den Zutritt der neuen Provinzen sind wir gleichzeitig um eine in Preußen bisher nicht übliche Art von Schulen bereichert worden, die sogenannten Mittelschulen, und es ist unsere Ansicht, diese nicht nur fortbestehen zu lassen, sondern auch überall da, wo man mit Errichtung solcher vorgehen will, unsere Unterstützung zu gewähren. — Abg. Schmidt (Stettin): Die Räume des landwirthschaftlichen Ministeriums seien unzulänglich, man thäte besser, es zu verkaufen. Nach Bergen und Boulogne seien Kommissare der Regierung abgeschickt, um die Fischerei-Ausstellungen zu besuchen, ohne daß davon eine Wirkung zu Tage treten: so seien die norwegischen Fischereiböte zwar empfohlen, aber nicht nachgekauft worden. Für Dänen-Kultur sei zu wenig ausgelegt, der Plan, in Stralsund ein Fischerei-Museum zu gründen, liege ganz darnieder. — Minister v. Selchow erklärt, daß die Staatsregierung schon längst in der vom Vorredner angedeuteten Weise eine Resorrtverweiterung des landwirthschaftlichen Ministeriums im Auge gehabt habe. — Die verschiedenen Forderungen des Vorredners waren recht schön; die Regierung werde alles Mögliche thun, nur lasse sich mit Rücksicht auf die vorhandenen Mittel nicht Alles auf einmal ausführen. — Von der Gründung eines Fischerei-Museums sei ihm nichts bekannt. — Die Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt, ebenso Titel 1—7 der Ausgaben.

Zu Tit. 8 (Befolgungen der Auseinanderrechnungsbehörden) ist vom Abg. Born und Genossen der Antrag gestellt worden, die Staatsregierung zu ersuchen, sobald wie möglich die zur Aufhebung, bezüglich Abänderung der Erbschaftsverhältnisse, Wärlenbannrechte, Weidewerthtäten etc., sowie aller noch bestehenden Beschränkungen des vollen und freien Grundeigentums im Regierungsbezirk Wiesbaden erforderlichen Vorlagen dem Landtage vorzulegen. — Abg. Knapp empfiehlt denselben. — Der Regierungskommissar verspricht, daß seiner Zeit diesem Wunsche gewillfahrt werden soll, und wird der Antrag in Folge dessen zurückgezogen.

Zu Tit. 13 (Zur Förderung der Landeskultur; allgemeine wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke) liegen zwei Anträge vor: 1) Reichser und Genossen: die Regierung zu ersuchen, auf Acquisition eines für ein landwirthschaftliches Museum sich eignenden Grundstücks Bedacht zu nehmen und dem hiesigen landwirthschaftlichen Lehrinstitut eine den Lehrzwecken entsprechende Organisation zu geben;

2) Graf Franckenberg: die Regierung zu ersuchen, in Verbindung mit einer der landwirthschaftlichen Lehranstalten eine Anlage für künstliche

Hamburg	6 Tag.	151 $\frac{1}{4}$ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	151 bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 bz	Pom. Chausseb.-O.	5	102 B
"	2 Mt.	142 $\frac{1}{2}$ bz	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 bz	Pr. National-V.-A.	4	119 G
"	3 Mt.	6 24 bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	81 $\frac{1}{12}$ bz	Pomerania	4	119 G
"	2 Mt.	81 $\frac{1}{4}$ bz	Union	4	104 $\frac{1}{2}$ G
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	83 $\frac{3}{4}$ B	Pom. Prov.-Zuckers.	5	800 G
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sta.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$ B	Bredower	4	—
"	5	103 bz	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$	83 $\frac{1}{2}$ B	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	116 B	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$	76 $\frac{1}{4}$ B	St. Dampfschiff-V.	5	—
"	4	86 $\frac{1}{2}$ B	Nene Dampfer-C.	4	—
" Rentenb.	4	90 $\frac{1}{2}$ bz	Germania	—	96 G
Ritt. P. P.B.A.	4	92 B	Vulkan	—	85 G
Berl.-St. E. A.	4	135 B	St. Dampfmühle	4	101 G
" Prior.	4	83 $\frac{1}{4}$ bz	Pommerensd. Ch. F.	4	—
"	4 $\frac{1}{2}$	95 B	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E.A.	4 $\frac{1}{2}$	93 $\frac{3}{4}$ B	St. Kraftdünger-F.	—	—
" Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4 $\frac{1}{2}$	94 $\frac{1}{2}$ B			